

Lenins Aktionsprogramm für die Deutsche Sowjetmacht

Ein Telegramm des Führers der Weltrevolution an die bayerische Räterepublik

Am heutigen Geburtstag des Führers des Weltproletariats, des Genossen Lenin — Wladimir Iljitsch Iljanzow (Lenin) wurde am 22. April 1870 in Simbierst, dem heutigen Wjanzow, an der Wolga geboren — veröffentlicht ein Telegramm, das Lenin im Jahre 1919 während der Schein-Räterepublik an das bayerische Proletariat geschickt hat. In diesem Telegramm umreißt Lenin ein Aktionsprogramm für die ersten Schritte der proletarischen Diktatur. Die Empfänger dieses Telegramms, die Führer der Schein-Räterepublik — Kriess, Klingelböcher, Ernst Toller und Konforten — haben das bedeutsame Dokument dem bayerischen Proletariat untergeschlagen. Erst Jahre darauf wurde es im Lenin-Institut (Moskau) wiedergefunden.

In dem Telegramm Lenins heißt es:

Wir danken für den Gruß und grüßen unsererseits die Räterepublik in Bayern von ganzem Herzen. Wir bitten euch sehr, des öfteren und recht genau mitzuteilen, welche Maßnahmen ihr zum Kampf mit den bürgerlichen Herrschern, mit den Scheidemannern und Co., ergriffen habt, ob ihr die Räte der Arbeiter und Angestellten nach Stadtteilen geschaffen habt, ob ihr die Arbeiter bewaffnet, die Bourgeoisie entwaffnet und ob ihr die Lager für Kleider und andere Mittel des Lebensbedarfes zur sofortigen und weitestgehenden Unterführung von Arbeitern, und besonders von Landarbeitern und Kleinbauern nahbar gemacht, ob ihr die Fabriken und Reichtümmer der Kapitalisten in München und dergleichen die kapitalistischen Landwirtschaftsbetriebe in seiner Umgebung expropriert habt, ob ihr die Hypotheken und die Pachtgelder für die Kleinbauern abgeschafft, den Lohn für die Landarbeiter und die ungelerneten Arbeiter verdoppelt und verdreifacht habt, ob ihr alles Papier und alle Druckerzeugnisse zum Druck populärer Flugblätter und Zeitungen für die Massen beschlagnahmt habt, ob ihr den sechsstündigen Arbeitstag eingeführt habt mit zwei- oder dreistündiger Tätigkeitspause für die staatliche Verwaltung, ob ihr der Bourgeoisie in München Zwangsquartiere auferlegt habt, um unverfügbare Arbeiter in die Wohnungen der Reichen hineinzuführen, ob ihr von der Bourgeoisie Geiseln genommen habt, ob ihr für die Arbeiter eine höhere Lebensmittellieferung eingeführt habt als für die Bourgeoisie, ob ihr die Arbeiter ohne Ausnahme zur Verteilung und zur Ideenpropaganda in den Dörfern der Umgebung mobilisiert habt.

Die raschesten und weitestgehende Durchführung solcher und ähnlicher Maßnahmen unter eigener Initiative der Arbeiter- und Landarbeiter Räte und, getrennt von ihnen, der Kleinbauernräte ist nötig um eure Lage zu festigen. Es ist notwendig, der Bourgeoisie eine außerordentliche Steuer aufzuerlegen und den Arbeitern, Landarbeitern und Kleinbauern sofort, und

sofort es was es wolle, eine faktische Verbesserung ihrer Lage zu verschaffen.

Beste Grüße und Wünsche für Erfolg. Lenin.

Neues Zuchthausurteil in Leipzig

Leipzig, 20. April. (Eig. Meldung.) Das Reichsgericht fällt gestern ein neues ungeheuerliches Zuchthausurteil gegen Kommunisten, die angeklagt waren, Einrichtungen bei der Reichsmarine in Wilhelmshaven ausgeführt zu haben. Es wurden verurteilt: Der Techniker Gotthard Hoffmann zu vier Jahren Zuchthaus, der Lehrer Karl Lehmann und der Tischler Philipp Fink zu je zwei Jahren Zuchthaus. Gegen alle drei Angeklagten wurde fünf Jahre Ehrenrechtsverlust ausgesprochen. Zwei weitere Angeklagte wurden mangels Beweise freigesprochen.

Genosse Böttlein verhaftet

Gestern nachmittag wurde der Führer der kommunistischen Partei, Bezirk Niederrhein, der Spitzenkandidat für die Landtagswahlen, Böttlein, aus dem Bezirksbüro heraus verhaftet!

Thälmann-Rundgebung in Hannover

90 Neuaufnahmen für die Kommunistische Partei

Hannover, 20. April 1932. (Eig. Bericht.)

Der Führer der kommunistischen Partei Deutschlands, Genosse Ernst Thälmann, sprach gestern hier in einer gewaltigen Rundgebung. Der sozialdemokratische Parteipräsident hatte die Demonstration zum Erwerbslosentag verboten und erst auf wiederholte Vorstellung in letzter Stunde die Genehmigung zu einer Demonstration zur Begrüßung des Genossen Thälmann gegeben.

Trotzdem nur wenige Stunden zur Vorbereitung zur Verfügung standen, demonstrierten Tausende durch die Straßen nach der Stadthalle, in der Genosse Thälmann sprach. Der größte Saal Hannovers, der Rappelsaal der Stadthalle, vermodete die Massen, die gekommen waren, um Thälmann zu hören nicht zu fassen. Lange vor Beginn der Veranstaltung war

Oberlandführer Römer tritt zur KPD über

München, 21. April. (Eig. Bericht.)

In Münchens größtem Saal, dem überfüllten Zirkus Saal, sagten gestern die Arbeiter der Hiltnermetropole ein überraschendes Bekenntnis zur kommunistischen Partei ab. 24 Delegierte traten in die kommunistische Partei ein, 73 weitere in der roten Hilfe an.

Unter stürmischem Beifall teilte der Redner, Oberlandführer des Freikorps „Oberland“, Hauptmann E. Römer, seinen Entschluß mit, die kommunistische Partei zu verlassen.

Hauptmann Römer kämpfte während des Weltkrieges in Oberitalien, weil er glaubte, dadurch für die nationale Bourgeoisie das wertvollste Volksoffer zu leisten, um sich die Ausbeutung und Knechtung der arbeitenden Massen zu verschaffen. Der Eintritt Römers in die KPD zeigt, daß dem Genossen Scherlinger noch viele folgen werden, die bisher von der Bourgeoisie und den betrügerischen Kapitalisten geführt wurden.

SWP-Ortsgruppe geht zur KPD

Frankfurt, 19. April.

In Steinbach (Taunus) erklärte der Kassierer der SWP-Ortsgruppe, Genosse Benz, in einer Versammlung der KPD im Auftrag der gesamten Ortsgruppe den Übertritt aller SWP-Genossen zur kommunistischen Partei. In dem kleinen Saal gehörten sieben Mann der SWP an. Der Übertritt dieser Genossen zur KPD ist ein Zeichen der Klärung, die vor sich geht und die diese in die revolutionäre Klassenfront führen muß.

Der Schiedskurs bleibt!

Auch in Zukunft mit Nazis unter Hindenburgs Führung gegen das wertvolle Sachfen

Hugenbergers Dresdner Abteiler, der Anzeiger, beschäftigt sich in seiner heutigen Ausgabe mit einer in der Volksstimme Zeitung erschienenen Aufschrift aus Sachsen, die von einem geplanten Kurswechsel der Schiedsregierung wissen will. In dieser Aufschrift heißt es nach einer allgemeinen Polemik recht demokratisch und sozialfaschistischer Färbung am Schluß:

„... Gruppen entlassen. Bis weit in die Reihen der Rechten hinein werde heute die Unerschlichkeit eines Regierungswechsels anerkannt und aller Wahrscheinlichkeit nach werde der Landtag die Regierung demnächst einmal sehr kräftig an seine Existenz und an seine Befugnisse erinnern.“

Abgesehen von der Tatsache, daß die Wertfälligen Sachfens sehr bald hinreichend Gelegenheit haben werden, die Partein Worte an der Praxis der Schiedsregierenden SPD zu messen, ist es interessant, was der aus Regierungsquellen gelpelte Dresdner Anzeiger selbst zu dieser, zu nichts verpflichtenden Aufschrift zu sagen hat. Das deutschnationalistische Blatt, das gerade in den letzten Monaten seine unbedingte Verbundenheit mit den Nazis mehr als einmal zum Ausdruck brachte, höhnt über die Unzufriedenheit mit den reaktionären Maßnahmen der sächsischen Brüning-Fiskale, die bis weit in die Kreise ihrer Belegschaft geht. Diese Zeitung, die vorgab für den Volksozialismus zu sein und gemeinsam mit den Nazis die außerparlamentarische Aktion der revolutionären Arbeiterbewegung zu einer parlamentarischen Komödie machen wollte, zeigt jetzt, daß sie schon vor dem 17. April das ihrige getan hat, um die Existenz Schieds zu retten und durch Sabotage des roten Volksozialismus seine Regierung zu erhalten. Nachdem es von der Anwartschaftspräsidenten, parlamentarisch gegen Schied vorgehen, schreibt das Blatt:

„Die einzige Möglichkeit, die Regierung Schied wirklich zu stürzen, besteht in der Wahl eines neuen Ministerpräsidenten. Der Landtag hat sich zwei Jahre vergeblich dieser Aufgabe gewidmet. Andererseits hat er es bisher abgelehnt, sich selbst

anzulösen, und auch das zur Entscheidung aufgerufenen Volk hat ihn nicht aufgelöst. Von einem Kurswechsel im Sinne einer Regierungsumbildung kann also nur jemand sprechen, der mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht gerade wohl vertraut ist.“

Wird der Mehrheit Kurs der faschistischen Schiedsregierung bleibt, sie wird weiter mit Nazifaschisten der Volkzeit, mit den Nazis in der Verwaltung und im Justizapparat gegen die Arbeiterbewegung herrschen. Mit dieser Darlegung sind aber auch die demagogischen Propädeuten der „Dresdner Volkszeitung“ gerichtet, mit denen wir uns gestern beschäftigt haben.

Die Arbeiterklasse wird sich unter Führung der KPD zusammenstellen und auf der Grundlage des außerparlamentarischen Kampfes den Kurswechsel erzwingen, den Kurswechsel, der aber nicht nur die Regierungseliten betrifft, sondern alle politischen und wirtschaftlichen Kommandobrücken.

Neue Versprechungen, aber keine Arbeit

Die Siedlungspläne der Reichsregierung. Neue Steuererhöhungen und Erweiterung des Arbeitsdienstes. Arbeit und Brot kann nur durch Kampf erzwungen werden

Bürgerliche Zeitungen, mit der SPD-Presse an der Spitze, teilen mit, daß am 19. April unter Vorhug Stegerwalds eine Besprechung verschiedener Reichsminister stattgefunden hat, in der über die Frage der landwirtschaftlichen Siedlung geredet wurde. Daraus macht der „Vorwärts“ eine „große Siedlungsaktion in Preußen, 2 Millionen Morgen Land seien bereit.“

Die Siedlungspläne werden schon seit Jahr und Tag „besprochen“. Wenn Illusionen in dieser Richtung bestanden haben, so sind sie längst geplatzt. Es ist doch so, daß jene Siedler, die bereits seit Jahren unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen und unter den ungeduldeten Entbehrungen sich abgedockt haben, heute ruiniert und zu Bettlern geworden sind. Angefests dieser Tatsache dürfen die Erwerbslosen auf die neueste „Siedlungsaktion“ hereinfallen, wie auf die bisherigen.

In der amtlichen Mitteilung über die Ministerbesprechung am 19. April wird gesagt, daß 2 Millionen Morgen Land... Jena Tausende neuer Siedler im deutschen Osten seien verankert“ sollen. Selbst aus dieser Formulierung geht hervor, daß eine gegenüber der sechs Millionen-Jahr der Erwerbslosen nur geringe Anzahl von Arbeitslosen überhaupt in Frage käme. Die zwei Millionen Morgen stehen zunächst jedoch nur auf dem Papier. Die Hauptfrage, die Frage der Finanzierung konnte bisher noch nicht gelöst werden. Vorläufig sollen alle Mittel der sogenannten Diktatur zur Verfügung gestellt werden, was sich die ostpreussischen Junker und Großgrundbesitzer in deren Händen bisher die Millionen dieser Diktatur geflossen sind, nicht gefallen lassen werden. Aber wenn auch diese Gelder zur Verfügung ständen, so ist das nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, da monatlich zwölf Millionen Mark für die Siedlung benötigt werden. Deswegen soll durch die Einführung einer neuen Steuer oder die Erhöhung bereits vorhandener Steuern, die Finanzierung erfolgen. Und zwar, soll die Erhebung dieser Steuer nicht durch das Reich sondern die Länderregierungen erfolgen.

So bedeuten diese Siedlungspläne in deren Verbindung mit der Erweiterung des „freiwilligen“ Arbeitsdienstes Erhaltung der Existenz, sondern eine neue Belastung der Erwerbslosen. Das Siedlungsland, das im Osten freigegeben wird, gilt schon als der schlechteste Boden der sehr wenig fruchtbar ist. In der amtlichen Mitteilung befinden sich dann auch die folgenden ableisenden Sätze:

„Darum muß aber auch der neue Siedler auf alle übersteigerten Ansprüche verzichten. Nur das Notwendigste an Einrichtungen und Gebäuden aus billigem ländlichen Material muß immer möglich aus Holz, kann ihm für den Anfang gestellt werden. In umfassender Weise muß der Siedler selbst am Aufbau mitwirken. Der freiwillige Arbeitsdienst muß weitgehend Hilfe leisten.“

Die Arbeiterbewegung, sowohl die Betriebsarbeiter und Erwerbslosen müssen erkennen, was sich hinter diesen Siedlungsplänen, die von der SPD und dem ADGB unterstützt werden, verbirgt. Die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter, Arbeit und Brot für die Erwerbslosen, die Sicherung der Existenz aller Werktätigen kann nur durch geschlossenen Kampf der Arbeiter gegen die kapitalistische Klasse gesichert werden. Deshalb darf niemand auf die neuen Siedlungspläne hereinfallen, es gilt vielmehr für jeden Arbeiter, Erwerbslosen und Wertfälligen sich einzureihen in die rote Einheitsfront und unter Führung der KPD den Kampf für die proletarischen Arbeitsbedürfnisse, für Arbeit, Brot und Freiheit aufzunehmen.

Wettervorhersage

Wolkiges bis heiteres, vorwiegend trübendes Wetter. Temperaturverhältnisse wenig geändert. Tagsüber mäßig, nachts abkühlend. Winde aus südlichen Richtungen. Geringe Nebelbildung. Winde aus südwestlicher bis westlicher Richtung.